

XIII. Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch

Antrag vom 14. September 2026

FDP-Fraktion (Sprecher: Seger-St.Gallen)

Antrag:

Rückweisung an die Regierung mit dem Auftrag, die Vorlage grundlegend zu überarbeiten und dem Kantonsrat einen Entwurf vorzulegen, der die Elternverantwortung ins Zentrum stellt, auf eine flächendeckende staatliche Erfassung sämtlicher Kinder verzichtet und sich auf die für den Schuleintritt notwendigen sprachlichen Kompetenzen konzentriert. Dabei ist insbesondere ein einfaches, freiwilliges und für alle Familien zugängliches Förderangebot zu prüfen. Die Kosten und die Wirkung dieses Modells sind dem ursprünglich vorgeschlagenen System gegenüberzustellen. Zudem ist aufzuzeigen, welche rechtlich zulässigen Konsequenzen oder Anreize möglich sind, wenn Erziehungsberechtigte ihre Verantwortung für die sprachliche Vorbereitung ihres Kindes trotz zumutbarer Möglichkeiten nicht wahrnehmen.

Begründung:

Mit der in das Postulat 43.21.06 umgewandelten Motion 42.21.02 «Abbau von Sprachbarrieren vor dem Schuleintritt» wurde die Regierung eingeladen, geeignete Massnahmen zur zielgerichteten Förderung fehlender sprachlicher oder sozialer Kompetenzen von Kindern in den ersten Lebensjahren zu prüfen. Der Handlungsbedarf ist unbestritten: Kinder mit ungenügenden Deutschkenntnissen haben beim Eintritt in den Kindergarten einen erschwerten Start. Dies belastet die betroffenen Kinder, die Lehrpersonen und letztlich das gesamte Schulsystem.

Die zusätzlichen Abklärungen und die zweite Beratung der vorberatenden Kommission haben jedoch gezeigt, dass der gewählte Grundmechanismus nicht überzeugt. Zwar wurde der ursprünglich vorgesehene persönliche Erstkontakt inzwischen durch eine Sprachstanderhebung mittels Selbstdeklaration ersetzt. Damit werden aber weiterhin grundsätzlich sämtliche Kinder einer Alterskohorte staatlich erfasst, obwohl nur ein Teil von ihnen tatsächlich Förderbedarf aufweist. Bei Zweifeln an den Angaben kann zudem weiterhin eine Fachperson beigezogen werden.

Für die FDP ist die sprachliche Vorbereitung eines Kindes auf den Kindergarten in erster Linie Aufgabe der Eltern. Der Staat soll unterstützen, wo Unterstützung notwendig ist, die elterliche Verantwortung aber nicht schrittweise übernehmen. Insbesondere darf kein System entstehen, in dem Eltern, die ihre Kinder eigenverantwortlich fördern, gegenüber jenen schlechter gestellt wer-

den, bei denen aufgrund fehlender sprachlicher Voraussetzungen umfassende staatlich finanzierte Leistungen ausgelöst werden. Eigenverantwortung muss sich lohnen.

Anstelle eines flächendeckenden Erfassungs-, Kontroll- und Vollzugssystems soll deshalb ein einfacherer Ansatz geprüft werden: ein freiwilliges, niederschwelliges Förderangebot, das grundsätzlich allen Kindern im Jahr vor dem Kindergarteneintritt offensteht. Gleichzeitig sind die tatsächlichen Vollkosten dieses Modells transparent auszuweisen und mit den Kosten und der Wirkung der ursprünglich vorgeschlagenen Lösung zu vergleichen. Zusätzliche kantonale Anerkennungs-, Zertifizierungs- und Verwaltungsstrukturen für bestehende Spielgruppen sind dabei möglichst zu vermeiden.

Das eingeholte Rechtsgutachten zeigt zudem, dass obligatorische Fördermassnahmen grundsätzlich unentgeltlich sein müssen und notwendige spätere schulische Sprachförderung nicht als finanzielle Sanktion den Eltern auferlegt werden kann. Umso wichtiger ist es, die Elternverantwortung rechtlich sauber zu definieren. Die Regierung soll deshalb aufzeigen, welche verhältnismässigen und bundesrechtskonformen Konsequenzen, Mitwirkungspflichten oder positiven Anreize möglich sind, wenn zumutbare Fördermöglichkeiten bewusst nicht genutzt werden. Ziel muss eine schlanke, wirksame und liberale Lösung sein: Förderung dort, wo sie notwendig ist – Verantwortung aber weiterhin bei den Eltern.